

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 23. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 26. April 2007

1. Abgeordneter
Carsten Pörksen (SPD)

Konzepte der rheinland-pfälzischen Polizei gegen Amokläufer

Die jüngsten schrecklichen Ereignisse um einen Amoklauf an einer Hochschule in den Vereinigten Staaten schockieren die deutsche Öffentlichkeit. Unvergessen ist auch der Amoklauf an einer Erfurter Schule aus dem Jahr 2002. Neben der notwendigen gesellschaftlichen Diskussion wird nach solchen Ereignissen oft auch die Frage gestellt, ob seitens der Sicherheitsbehörden wirksame Konzepte gegen Amokläufe entwickelt werden können. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit man Polizistinnen und Polizisten auf solche Ereignisse vorbereiten kann.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht das Maßnahmenkonzept der rheinland-pfälzischen Polizei für Amoklagen aus?
2. Wie werden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf solche Situationen vorbereitet?
3. Welche präventiven Maßnahmen werden im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Schulen umgesetzt?
4. Ist die Polizei auch auf Amoklagen an anderen Örtlichkeiten – beispielsweise Hochschulen – vorbereitet?

2. Abgeordnete
Jeannette Wopperer und
Heinz-Hermann Schnabel
(CDU)

Entwurf des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien wurden die im Entwurf enthaltenen Mittelzentren ausgewiesen?
2. Welche neuen Kooperationen hat die Landesregierung im Auge?
3. Welche Auswirkungen hat es auf die betroffenen Kommunen, wenn sie das Kooperationsgebot nicht umsetzen können?
4. Wie sieht die Landesregierung die Perspektiven des ländlichen Raums angesichts der Tatsache, dass sich nur noch die Gemeinden entwickeln dürfen, die eine „positive Bevölkerungsprognose“ und die Anbindung an einen Haltepunkt des Rheinland-Pfalz-Taktes vorweisen können?

- 3. Abgeordnete
Nicole Morsblech (FDP)**
- Vorschläge für ein Kinderbetreuungsmodell durch die Deutsche Bischofskonferenz**
- Kardinal Lehmann hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz im Rahmen der jüngsten Tagung die Forderung erhoben, dass „Eltern in die Lage versetzt werden [müssen], dass sie selbst entscheiden können und auch unter finanziell gleichen Gesichtspunkten, wie sie ihre Kinder erziehen möchten“.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Teilt die Landesregierung die Forderung der Deutschen Bischofskonferenz, durch eine finanzielle Gleichstellung aller Formen der Kinderbetreuung und -erziehung, den Familien eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen?
 2. Durch welche Maßnahmen – beispielsweise Betreuungsgutscheine – will die Landesregierung künftig sicherstellen, dass Eltern die Entscheidung, ob sie sich für eine institutionalisierte oder betriebliche Kinderbetreuung bzw. eine private Tagespflege entscheiden oder aber ihre Kinder selbst erziehen möchten, nicht von finanziellen Günstigkeitserwägungen abhängig machen?
 3. Durch welche Maßnahmen will die Landesregierung gewährleisten, dass junge Familien, die auf Betreuungsangebote angewiesen sind, ein auf ihre individuellen Bedürfnisse Rücksicht nehmendes Angebot finden, ohne weite Wege oder unflexible Betreuungszeiten in Kauf nehmen zu müssen?
- 4. Abgeordnete
Michael Hörter und
Matthias Lammert (CDU)**
- Bilanz der bisherigen Arbeit der Landesentwicklungsgesellschaft (PER)**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Projekte hat die PER in den letzten beiden Jahren entwickelt und betreut?
 2. Welche neuen Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten wurden eröffnet?
 3. Welche Einnahmen hat die PER in den letzten beiden Jahren generiert?
 4. Welche Kritik am Auftreten der Vertreter der PER und an ihrer Arbeit ist der Landesregierung bekannt?
- 5. Abgeordnete
Jens Guth und
Manfred Nink (SPD)**
- Lkw-Überholverbote**
- Die Verkehrsministerkonferenz hat einen Beschluss gefasst, nach dem auf zweistreifigen Autobahnrichtungsfahrbahnen Überholverbote angeordnet werden können.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung Überholverbote für Lkw auf Autobahnen, insbesondere im Berufsverkehr, im Hinblick auf die Verkehrssicherheit und einen schnelleren Verkehrsfluss?
 2. Welche erste Bilanz zieht die Landesregierung aus den in Rheinland-Pfalz bereits gemachten Erfahrungen beim Lkw-Überholverbot und bei Geschwindigkeitsbeschränkungen für Lkw, beispielsweise auf der A 61?
 3. Sind nach Einschätzung der Landesregierung weitere Strecken in Rheinland-Pfalz für Lkw-Überholverbote geeignet?
- 6. Abgeordneter
Matthias Lammert (CDU)**
- Beförderungen bei der Polizei zum 18. Mai 2007**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie viele Beförderungsmöglichkeiten gibt es zum 18. Mai 2007 bei der Polizei, getrennt nach mittlerem, gehobenem und höherem Dienst?
 2. Werden alle ASA-Absolventen in den höheren Dienst übernommen?
 3. Wie viele Stellen stehen für den Bewährungsaufstieg zur Verfügung?
 4. Welche Auswirkungen haben die haushaltsrechtlich festgelegten Stellenplanobergrenzen auf die Anzahl der Beförderungen?

7. Abgeordnete**Dr. Stefanie Lejeune und
Günter Eymael (FDP)****Umbauarbeiten am Hambacher Schloss**

Die umfassenden Umbauarbeiten am Hambacher Schloss sowie die Neukonzeption der Dauerausstellung sind, vor dem Hintergrund der anstehenden 175-Jahr-Feier, seit Wochen Gegenstand der regionalen und überregionalen Medienberichterstattung. Die „Rheinpfalz“ vom 14. April 2007, Ausgabe Ludwigshafener Rundschau, berichtet in diesem Zusammenhang Folgendes: „Laut Stiftung ‚Hambacher Schloss‘ gibt es keine Alternative zum Ausbau der Holzdecke im großen Saal des Schlosses. Dennoch soll vor der Sommerpause eine ‚ergebnisoffene‘ Expertenanhörung zur Umgestaltung des Schlossinneren organisiert werden.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sieht der Zeitplan der Umbauarbeiten am Hambacher Schloss aus?
2. Wer ist Mitglied im Stiftungsvorstand der Stiftung „Hambacher Schloss“ und wie ist die Stimmenverteilung im Stiftungsvorstand?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung des Stiftungsvorstandes „Hambacher Schloss“, dass es keine Alternative zum Ausbau der Holzdecke im großen Saal des Schlosses gibt, aber dennoch vor der Sommerpause eine „ergebnisoffene“ Expertenanhörung zur Umgestaltung des Schlossinneren organisiert werden soll?

8. Abgeordnete**Margit Mohr und
Alexander Schweitzer
(SPD)****Mittelstandsfreundliches Rheinland-Pfalz: Menschen prägen Wirtschaft**

Rheinland-Pfalz setzt auf mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen und faire Chancen für den Mittelstand. Aktuell hat Wirtschaftsminister Hendrik Hering die Initiative „Menschen prägen Wirtschaft“ gestartet, die sich besonders an den Mittelstand richtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Inwieweit unterstützt die Landesregierung den Kreditzugang und die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung des rheinland-pfälzischen Mittelstandes?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen trägt die Landesregierung dazu bei, strukturelle Nachteile des Mittelstandes im Bereich Forschung und Entwicklung gegenüber Großunternehmen auszugleichen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung Initiativen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wie etwa das IHK-Innovationsnetzwerk Rheinland-Pfalz oder Anstrengungen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation?
4. Welchen Einfluss hat nach Einschätzung der Landesregierung die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland insgesamt und insbesondere die gute Auftragsentwicklung im Bau- und Chemiesektor auf den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz?

9. Abgeordnete**Marlies Kohnle-Gros
(CDU)****Erteilung von Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung im Bürgerbusbetrieb**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die Rechtslage für die Beförderung von Fahrgästen im sog. Bürgerbusbetrieb?
2. Welche Probleme ergeben sich daraus für die ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrer?
3. Welche Lösung ist kurzfristig möglich?

10. Abgeordnete
Michael Hörter und
Axel Wilke (CDU)

Kritik von Staatsminister Bruch an den Aussagen von Bundesminister Schäuble zur Terrorabwehr

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorschläge von Bundesinnenminister Schäuble zur Terrorbekämpfung und teilt sie die Auffassung von Staatsminister Bruch, dass danach bei der Terrorbekämpfung gezielt die Verhältnismäßigkeit sturmreif geschossen werden soll?
2. Ist der Landesregierung bekannt, dass der Begriff der Unschuldsvermutung in den Bereich des Strafrechts fällt und nicht in den Bereich der Gefahrenabwehr und wenn ja, wie beurteilt sie die Aussagen des Staatsministers Bruch vor diesem Hintergrund?
3. Entspricht es der täglichen und auch rechtlich abgesicherten Praxis in Rheinland-Pfalz, dass die Polizei nicht in jedem Fall handeln muss, wenn Anhaltspunkte beispielsweise für Terrorismusgefahr vorliegen?

11. Abgeordnete
Manfred Nink,
Margit Mohr und
Carsten Pörksen (SPD)

Umstrukturierungspläne der Deutschen Telekom AG und mögliche Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigte und Regionen in Rheinland-Pfalz

Die Deutsche Telekom AG plant aus der Sparte T-Com bis zu 50 000 Arbeitsplätze in eine Service und Vertriebs GmbH auszugliedern. Die Beschäftigten der Telekom fürchten Einkommensverluste, Arbeitsplatzabbau und weitere Standortschließungen. Die Deutsche Telekom AG ist unter den großen Telekommunikationsanbietern der neuntgrößte Anbieter weltweit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Landesregierung die Struktur der Anteilseigner der Telekom AG und wie hoch ist hierbei der staatliche Anteil?
2. Wie beurteilt die Landesregierung mögliche wirtschaftliche Auswirkungen der Umstrukturierungspläne der Deutschen Telekom AG, etwa auf die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Beschäftigten in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Auswirkungen wären nach Ansicht der Landesregierung durch mögliche Standortveränderungen und Arbeitsplatzabbau der Deutschen Telekom AG unter Umständen für einzelne Regionen in Rheinland-Pfalz zu befürchten?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Telekom AG in Rheinland-Pfalz einzusetzen?

12. Abgeordneter
Günter Eymael (FDP)

Forderung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter

Am 17. April 2007 fand in Prüm die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) statt. In der letzten Zeit erfreut sich der BDM steigender Mitgliederzahlen. So zählt dieser bundesweit rund 26 000 Milchviehhalter. In sieben Landkreisen der Region Trier-Koblenz verfügt dieser in Opposition zu den Bauernverbänden stehende Milchviehhalterverband nach eigenen Angaben über mehr als 550 Mitglieder. Zentrale Forderungen des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter sind u. a. die Forderung nach einem Erzeugerpreis in Höhe von 40 Cent pro Liter Milch sowie eine Beibehaltung der Milchquote über das Jahr 2015 hinaus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele rheinland-pfälzische Milchbauern sind nach Erkenntnissen der Landesregierung Mitglied im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter und wie hoch ist der entsprechende Anteil der abgelieferten Milchmenge?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Forderungen des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter nach einem Garantiepreis von 40 Cent pro Liter abgelieferter Milch und einer Fortführung der Garantiemengenregelung für Milch über das Jahr 2015 hinaus?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die heimischen Milchbauern auf das eventuelle Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 vorzubereiten?
4. Wie würde sich nach Auffassung der Landesregierung die Einführung eines Garantiepreises für Milch auf die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Molkereien auswirken?

13. Abgeordnete
Manfred Nink und
Margit Mohr (SPD)

Bürgerbusse in Rheinland-Pfalz

Ein „Bürgerbus“ ist ein Kleinbus, der von Senioren ehrenamtlich organisiert wird und mit dem ältere Bürgerinnen und Bürger beispielsweise zum Einkaufen oder in die Ortsmitte gefahren werden. In Rheinland-Pfalz gibt es diese Projekte insbesondere in der Pfalz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche rechtlichen Regelungen sind zurzeit bei einem Transport mit „Bürgerbussen“ zu beachten, besonders hinsichtlich der Verkehrs- und Fahrgastsicherheit?
2. Hält die Landesregierung Vereinfachungen bei den Anforderungen des Personenbeförderungsscheins, wie etwa im Nachbarland Nordrhein-Westfalen, für möglich, wenn eine Prüfung ergeben sollte, dass die Verkehrs- und Fahrgastsicherheit damit nicht gefährdet werde?
3. Wie beurteilt die Landesregierung auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung die eigenverantwortlichen Initiativen und das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren bei den „Bürgerbus-Projekten“ in der Pfalz?